



WIESBADEN



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter Angelika Paa

Wiesbaden, 13.03.2014

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 18. März 2014, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 28.01.2014
2. **14-F-33-0028**

Freilebende Katzen in Wiesbaden
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 12.3.2014

Basierend auf der SV-Nr.-12-F-33-0131, Beschluss-Nr. 0213 vom 04.12.2012 wurde dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit auf Grundlage der Informationen des Veterinäramtes und des Tierschutzvereins Wiesbaden e.V. Bericht erstattet. Im Hinblick auf die in Aussicht stehende Übertragung der Ermächtigung zur Einführung einer

Katzenkastrationspflicht auf die Kommunen, besteht sodann die Möglichkeit der LHW Wiesbaden, eine entsprechende Satzung zu erlassen.

Der Ausschuss möge beschließen:

- 1.) Vertreter des Veterinäramtes,
- 2.) die Landestierschutzbeauftragte Frau Dr. Martin,
- 3.) die 1. Vorsitzende des Tierschutzvereins Wiesbaden, Fr. Hackl, zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen, um eine mündliche Diskussionsmöglichkeit im Rahmen des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit zu schaffen,

3. 14-F-33-0029

Bienenweide

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 12.3.2014

Laut Pressemeldung vom 19.03.2013 residierten zu diesem Stichtag in Wiesbaden 141 Imker. Es ist davon auszugehen, dass dieser Stand auch für 2014 zutrifft. Ihre Stöcke sind auf Flachdächern ebenso zu finden wie in den umliegenden Wiesen im Stadtgebiet.

Die gesellschaftliche Bedeutung der Bienenvölker und Ihre Probleme - verursacht durch die Varroamilbe und durch Agrargifte - waren bereits Gegenstand der Erörterung und der Beschlussfassung in der Sitzung des Umweltausschusses am 05.03.2013.

Die Bienenvölker nutzen als Nahrungsgrundlage eine große Anzahl von Kultur- und Wildblumen. Dazu zählen u. a. Kornblumen, Klatschmohn, Margeriten, Klee, Buchweizen, Natternkopf, Wilde Resede, Großer Wiesenknopf und viele andere mehr. Fachleute schätzen, dass etwa 50 Kultur- und Wildblumen den Honigsammlerinnen als Nahrungsbasis dienen. Dies ist vor allem für den Spätsommer bedeutsam, wenn sich die Völker allmählich auf das Überwintern vorbereiten.

Die Maßnahmen der Agrarwirtschaft, viele Flächen ausschließlich monokulturell zu nutzen und dabei z.T. Wildkräuter als Konkurrenten zu entfernen, haben die Vielfalt der Bestände insbesondere von Wildblumen und -kräutern stark reduziert. Das Einsäen sogenannter Bienenweiden mit geeigneten Sorten würde nicht nur für die Bienenvölker eine Stütze bedeuten. Die Maßnahme wäre auch ein Naturschutzbeitrag zur Erholung der pflanzlichen Artenvielfalt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

auf welchen städtischen Flächen sog. Bienenweiden bereits bestehen und auf welchen Flächen in der Innenstadt wie in den Außenbezirken weitere Bienenweiden realisiert werden können. Hierbei sollte besonders auf eine Vernetzung der Bio-Diversität zu innerstädtischen Bereichen Wert gelegt werden.

4. 14-F-03-0026

Reduktion der Flugbewegungen am Airfield Erbenheim
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.03.2014

Laut der am 3. Dezember 2013 im Ausschuss Umwelt, Energie und Sauberkeit vorgestellten Risikoanalyse zum Überflug des Industrieparks InfraServ ist bei einer weiteren Steigerung der Flugbewegungen am US-Militärflughafen Wiesbaden-Erbenheim das Risiko nicht mehr akzeptabel. Würden, so die Gutachter, die Flugbewegungen auf wie geplant 17.000 pro Jahr gesteigert, so sei „eine Akzeptierbarkeit gemäß des Kriteriums der Überschreitungswahrscheinlichkeit nicht mehr gegeben“.

Bereits jetzt bestehe Handlungsbedarf, heißt es in der Analyse. Das Risiko liege im Ist-Zustand (d.h. bei der derzeitigen Anzahl von Überflügen) „nahe an der oberen Akzeptanzlinie“. Die Gutachter empfehlen deshalb Untersuchungen möglicher Maßnahmen zur Risikoreduktion.

Der zuständige Standortkommandant der Bundeswehr äußerte am 3. September 2013 in einem Zeitungsinterview, dass mit der US-Army über eine Verlagerung der Flüge in weniger dichtbesiedeltes Gebiet, z.B. an die Militärflughäfen in Fritzlar und Büchel, verhandelt werde.

Der Ausschuss möge daher beschließen,
der Magistrat wird gebeten,

auf die zuständigen Stellen einzuwirken, die Überlassungsvereinbarung mit den US-Amerikanern dahingehend zu ändern, dass

1. die Zahl der Flugbewegungen kurzfristig beim Status quo eingefroren wird,
2. mittel- bis langfristig die Hubschrauberstaffel vom US-Airfield Erbenheim verlegt wird.

5. 12-F-33-0102

Pilotprojekt Akkubetriebener Laubbläser
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0004, Ziffer 2 vom 28.1.2014

ANLAGE - Beschluss

6. 13-F-08-0095

Alternativen zum Streusalz auch im Straßenverkehr
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0191, Ziffer 1 vom 03.12.2013

ANLAGE- Beschluss

7. 14-F-03-0018

Gesamtbelastungsstudie / Immissionskataster Rheinschiene

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.02.2014

- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 13.02.2014

Überweisungsbeschluss der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 13.02.2014

ANLAGE - Beschluss

8. 13-F-03-0121

Energieeinsparung in städtischen Liegenschaften

Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0182 vom 05.11.2014

ANLAGE - Beschluss

9. 14-F-03-0027

Personelle Unterstützung Außendienst Umweltamt („Feldschutz“)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.03.2014

Seit Jahren ist der Außendienst des Umweltamtes personell unterbesetzt. Die derzeit sechs Außendienstmitarbeiter sind mit der systematischen Kontrolle der gesetzlichen Festlegungen, wie z. B. Hessisches Naturschutzgesetz, Landschaftsschutzgebietsverordnung, Überwachung von Schutzgebieten, Feldwegesatzung, Hessische Bauordnung für den Außenbereich etc. überlastet (siehe Magistratsbericht vom 24. März 2010 zur Vorlage 10-F-25-0016).

Die von der Fraktion Bündnis 90/die Grünen im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2014/2015 (hier Dezernat II, Amt 36) beantragte personelle Aufstockung um drei Stellen wurde im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen am 30.10.2013 zurückgestellt mit dem Hinweis, dass in Dezernat VII an einer Lösung gearbeitet werde. In der darauffolgenden Ausschusssitzung zur Haushaltsberatung am 08.11.2013 (hier Dezernat VII) wurde von Herrn Stadtrat Dr. Franz eine personelle Unterstützung der Außendienstmitarbeiter des Umweltamtes durch Dezernat VII in Aussicht gestellt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1.) Werden derzeit die sechs Außendienstmitarbeiter des Umweltamtes durch Personal des Dezernats VII (Dezernat für Ordnung, Bürgerservice und Grünflächen) unterstützt, wie es im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2014/2015 in Aussicht gestellt wurde?
- 2.) Falls ja, seit wann und in welcher Form erfolgt diese Unterstützung?
- 3.) Falls nein, wann und in welcher Form ist mit der Umsetzung der im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen am 8. November 2013 getroffenen mündlichen Zusage zu rechnen?

10. 14-F-03-0029

Umweltzone: Lkw-Durchfahrtsverbot und Ausnahmeregelungen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.3.2014

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 17. November 2011 beschlossen, nach erfolgreicher Prüfung und der Einführung einer Umweltzone ein Lkw-Durchfahrtsverbot mit in das Maßnahmenpaket zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans aufzunehmen (Vorlage Nr. 11-V-36-0013, Beschluss Nr. 0472). Die Umweltzone Mainz-Wiesbaden wurde zum 1. Februar 2013 eingeführt. Die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN begrüßt das derzeitige Engagement des Umweltdezernenten gegenüber dem Hessischen Verkehrsministerium, gut zweieinhalb Jahre nach Beschlussfassung endlich auch das Durchfahrtsverbot für den Schwerlastverkehr umzusetzen.

Ein Bestandteil der Umweltzone sind zahlreiche Ausnahmeregelungen. Nach Informationen der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN werden Ausnahmegenehmigungen in Mainz und Wiesbaden nach jeweils unterschiedlichen Kriterien erteilt, obwohl die beiden Städte über eine gemeinsame Umweltzone verfügen.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. über den aktuellen Sachstand der Umsetzung des Lkw-Durchfahrtsverbots zu berichten;
- 2.1. zu berichten, ob und welche unterschiedlichen Ausnahmegenehmigungen in den beiden an der Umweltzone Mainz-Wiesbaden beteiligten Städten existieren,
- 2.2. falls ja, ob und in welcher Weise diese das von der Landeshauptstadt Wiesbaden angestrebte Lkw-Durchfahrtsverbot tangieren.

11. 14-V-52-0003

DL 18/14

Genehmigung zur Durchführung eines Bike-Marathons in Wiesbaden

Zu Tagesordnungspunkt 11 berät der Magistrat in seiner Sitzung am 18.03.2014

12. 13-V-61-0042

DL 15/14-1

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorger Aarstraße" im Ortsbezirk Nordost in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB) - Satzungsbeschluss -

13. 14-V-61-0006

DL 15/14-2

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorger Comeniusstraße" im Ortsbezirk Nordost in Verbindung mit § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)
- Beschluss über die Aufstellung und öffentliche Auslegung -

14. 13-V-61-0034

DL 13/14-1

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Im Wiesengrund - Bürgerhaus Dotzheim" im Ortsbezirk Dotzheim
- Änderungsbeschluss und Offenlagebeschluss -

15. 13-V-61-0035

DL 13/14-2

Bebauungsplan "Im Wiesengrund - Bürgerhaus Dotzheim" im Ortsbezirk Dotzheim
Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung

16. Verschiedenes

Hinweis:

Zu den Tagesordnungspunkten 5, 6 und 8 wurden schriftliche Berichte zugesagt, die bis zur Drucklegung noch nicht vorlagen.

Tagesordnung II

1. **14-V-20-0006** **DL 14/14-1**
Investitionscontrolling 4. Quartal 2013

2. **14-V-36-0001** **DL 12/14-2 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 19.12.2013

3. **14-V-36-0004** **DL 17/14-3 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 30.01.2014

4. **13-F-33-0102**
Wildbestand
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0190 vom 03.12.2013

ANLAGE - Bericht

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender